

Herforder Zeitung

Bezugspreis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntagen und Feiertagen, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Reinstraße 29/31



und Land

Telefon Nr. 53 und 151
Postfach Nr. 5796
Celle/Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalte 10 Zeilen oder
deren Raum für Stadt u. Land
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Wellenlinie die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 136

(Erstes Blatt.)

Herford, Sonnabend, den 12. Juni 1920

38. Jahrgang.

Zur Lage.

Noch immer ungelöst.

Die Verhandlungen, um eine Regierung zu bilden, dauern fort. Der Reichspräsident hat jetzt formell den Reichskanzler Müller damit betraut, ein Ministerium zu bilden. Ob ihm diese Aufgabe gelingt, ist noch nicht abzusehen. Auch gestern haben zwischen den Parteiführern unverbindliche Besprechungen stattgefunden, die aber ergebnislos geblieben sind, wie wir heute morgen erfahren. Immer schärfer scheint sich der Gedanke herauszubilden, daß einzig und allein die alte Koalition das Reich vor dem Auseinanderfallen bewahren kann. Die Deutsche Volkspartei wird nach allem, was wir sehen, bereit sein, dieser Koalition keine Schwierigkeiten zu bereiten, verlangt aber als Gegenleistung einige oder doch einen Ministerposten. In Berlin wird dafür bereits der Abg. Heinze genannt.

Der ganze wüste Kampf der Deutschen Volkspartei gegen die alte Koalition hat sich als ein Schlag ins Wasser erwiesen. Der Wiederaufbau Deutschlands, von dem diese Partei soviel gesprochen und geschrieben hat, ist nur denkbar auf dem Wege wie er bisher von den Mehrheitsparteien begangen worden ist. Heute sehen das bereits manche ein, die im Wahltaumel blind geworden waren.

Von neu vorliegenden Meldungen verzeichnen wir folgende:

Wb. Berlin, 11. Juni. Der Reichspräsident hat den Reichskanzler mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt. Der Reichskanzler wird sich noch im Laufe des Tages mit dem Reichstagsabgeordneten Gröbner von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Verbindung setzen.

Wb. Berlin, 11. Juni. Am Sonntag tritt in Berlin eine sozialdemokratische Parteikonferenz zusammen. Die „Sozialistische Korrespondenz“ kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die Mehrheitssozialisten ungewissheit unter der besonderen Ungunst der Verhältnisse im Wahlkampf gelitten haben. Die Koalitionsregierung, sagt sie, darf auch jetzt noch mit Stolz auf ihr Werk zurückblicken. Aber das deutsche Volk vergleicht die Zustände ihrer Regierungszeit mit den Gedanken an die Verhältnisse vor dem Kriege, und der hungrige Magen war stärker als die denkende Vernunft. Die Koalitionsregierung, die jetzt kommen muß, wird tausend hoffnungsvolle Reime zerkneten, die nachher mit vieler Mühe wieder gepulvert werden müssen. Die Demagogie der Koalitionsparteien übersteigt so sehr jedes Maß von Verstand und Anstand, daß wir schon um deswillen jede Gemeinschaft mit ihnen ablehnen müssen. Sie sollen jetzt regieren, um daraus wenigstens zu lernen, daß im parlamentarischen Staat auch die Opposition Maß halten und Vernunftsgesinnung besitzen muß. In diesen Tagen werden die nicht in Berlin wohnhaften Mitglieder der demokratischen Reichstagsfraktion in Berlin erwartet. Diese werden dann sofort, voraussichtlich Dienstag nächster Woche, mit ihren Beratungen beginnen. Wie die übrigen Parteien verfolgen auch die Demokraten die Taktik des Abwartens. Bei den süddeutschen Vertretern macht sich die Richtung stärker bemerkbar, die auf ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien abzielt. Auch das Zentrum hat zur Lage noch nicht offiziell Stellung genommen. Die Entscheidung darüber wird jedoch gleichfalls in den nächsten Tagen erfolgen. Die deutschnationale Reichstagsfraktion wird Montag nachmittag 3 Uhr zur ersten offiziellen Sitzung zusammenkommen und sich mit der Lage beschäftigen.

Wb. Berlin, 11. Juni. Nach einer parteioffiziösen Mitteilung würde die deutschnationale Wp. Partei bereit sein, unter Zurückstellung ihrer verfassungspolitischen Wünsche mit jeder Partei zusammenzugehen, mit der sich ein gemeinsamer Boden für praktische Wiederaufbauarbeit finden läßt.

Die Stellung der D. D. P. unseres Wahlkreises.

Der Vorstand der D. D. P. unseres Wahlkreises war gestern in Bielefeld versammelt, um Stellung zu nehmen zu der politischen Lage. Nach einer ausgiebigen Aussprache, an der die Delegierten aller Bezirke des Wahlkreises teilnahmen, wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

Der Wahlkreisvorbund der Deutschen Demokratischen Partei des 19. Wahlkreises ist der einheitlichen Auffassung, daß die Parteien, die unter Irreführung der Wählermassen über die Ursache der jetzigen Lage des deutschen Volkes die bisherige Koalition zertrümmert haben, nun auch die Aufgabe haben, dem Volke eine Regierung zu geben.

Unsere Organisationen fordern wir auf, sofort in die Werbearbeit einzutreten und unermüdet für unsere Gedanken zu arbeiten. Denn die Idee der Versöhnung und des Ausgleichs zwischen den einzelnen Volksschichten, wie sie die Deutsche Demokratische Partei zur Grundlage ihrer Politik gemacht hat, ist allein in der Lage, das deutsche Volk und das deutsche Vaterland zu retten.

Damit hat die D. D. P. eine klare und einwandfreie

Das Neueste vom Tage.

Den Abendblättern zufolge wird der neue Reichstag am 24. Juni zusammentreten.

Der Reichspräsident hat für nächsten Dienstag die Führer der großen Parteien zu Besprechungen gebeten. Den Besprechungen wird der jetzige Kanzler beiwohnen.

Wie amtlich mitgeteilt wird, sollen die Gerichte über den bevorstehenden Rücktritt des Reichspräsidenten jeder Grundlage entbehren. Der Reichspräsident soll auch bisher keine offizielle Weigerung kundgetan haben, eine erneute Aufstellung zuzulassen.

Der preussische Verfassungsausschuss wird unbeeinträchtigt durch die politische Lage seine Beratungen am nächsten Dienstag aufnehmen.

Die Bekanntgabe des endgültigen Wahlergebnisses wird noch einige Tage auf sich warten lassen, weil zunächst aus den einzelnen Wahlbezirken an die Kreiswahlleiter und sodann von den Kreiswahlleitern an den Reichswahlleiter die amtlichen Protokolle eingeleitet werden müssen.

Von zutändiger Stelle wird bestätigt, daß die deutsche Regierung um eine unbefristete Verlängerung der Entscheidungsfrist für den Schleswig-Holstein-Vertrag nachgesucht hat und ihre Stellungnahme durch Gegenverschlüsse zum Ausdruck bringen wird.

Der Generalausstand hat sich in der 1. schleswigischen Zone auch auf die Zeitungsbetriebe ausgedehnt, jedoch Zeitungen nicht mehr erscheinen.

Die Reichsschulkonferenz wurde gestern vormittag im großen Sitzungssaal des Reichstagsgebäudes vom Reichsminister des Innern Koch mit einer Ansprache eröffnet.

Nach einer zuverlässigen Meldung trachtet Lloyd George darauf, den Obersten Rat endgültig zu beilegen und durch eine Konferenz der Großmächte England, Italien, Frankreich, Deutschland und Rußland zu ersetzen. Amerika, Japan und die kleineren Staaten sollen von dieser Konferenz ausgeschlossen bleiben.

Der Ausschuss des republikanischen Staatskonventes hat die Resolution betreffend den Sonderfrieden als Teil des republikanischen Parteiprogramms angenommen.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Rom meldet, ist Giolitti offiziell mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt worden.

Nach einem Funkpruch aus Moskau ist auf Lenin ein neues Revolverattentat verübt worden. Lenin ist an der Hand verletzt. Der Täter wurde verhaftet.

Die englische Öffentlichkeit rückt von der polnischen Offensive ab, während die Polen neue Erfolge melden.

In den letzten Tagen hat die litauische Regierung die allgemeine Mobilisierung angeordnet, die sich gegen Polen richtet. Die Litauer beabsichtigen, Wilna und Grodno zurückzuerobern.

Da die Verhandlungen zwischen den Kopenhagener Hafenarbeitern und den Seelenten einerseits und den Arbeitgebern andererseits zu einer Einigung geführt haben, ist der Hafenarbeiter- und Seelentenstreik beendet.

Einpruch gegen die Wahl in Hamburg.

Hamburg, 11. Juni. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei in Hamburg wird gegen die Gültigkeit der Reichstagswahl in Hamburg Protest einlegen, weil sie die Beobachtung gemacht hätte, daß etwa 5 v. H. ihrer Wähler nicht in die Wahllisten eingetragen gewesen seien und deshalb ihre Stimmen hätten nicht abgegeben können. Entsprechend dem Reichstagswahlergebnis und der dadurch bedingten Verringerung der Stärke der Fraktionen im Reichstag tritt auch in Hamburg der Wunsch hervor, Neuwahlen zur Bürgerschaft vorzunehmen.

Noch keine Entscheidung in Braunschweig.

Wb. Braunschweig, 11. Juni. Bei der heutigen Sitzung der Landesversammlung war das Haus nur schwach besetzt. Vollzählig erschienen waren nur die beiden sozialistischen Fraktionen, vom Landeswahlverband waren 2 Abgeordnete, von den Demokraten 1 Abgeordneter anwesend. Dem Antrag des Wahlprüfungsausschusses entsprechend wurden sämtliche Wahlen für gültig erklärt. Beim Eintritt in den zweiten Gegenstand der Tagesordnung, Wahl der Regierung, ergab die Auszählung die Anwesenheit von nur 36 Mitgliedern. Das Haus war also beschlußunfähig. Präsident Wesemeyer beraumte die nächste Sitzung auf Dienstag, 15. Juni an.

Stellung eingenommen zur heutigen Lage. Nach dem Ausfall der Wahlen müssen die Parteien, welche den „Erfolg“ zu verzeichnen haben, die Aufgabe der Regierungsbildung lösen. Wie diese Schwierigkeit zu beheben ist, kann in diesem Augenblick nicht gesagt werden. Die D. D. P. kann sich dem Dienst am Vaterland nicht verweigern und wird ihre Kräfte zur Verfügung stellen müssen, um das Chaos zu vermeiden, vorausgesetzt, daß ihre Grundsätze ihr das gestatten.

Nach der Schlacht.

Von Professor Dr. Rade, Marburg.

Verluste sind für eine innerlich starke Partei kein Unglück. Sie bereichern mit Erfahrung und schärfen den Blick für das was die Zukunft fordert. Aber freilich, befinnen muß sie sich in solchen Augenblick auf sich selbst, sammeln muß sie ihre Kräfte, und den Willen zum Ziel muß sie haben.

Die Deutsche Demokratische Partei ist eine bürgerliche Partei. Keine Klassenpartei, weder der Arbeiterklasse, noch der einst (und jetzt noch) privilegierten Klassen. Die zu ihr stehen, sollten sich heute einig sein zu folgenden Richtlinien bekennen:

1. Redliche Fühlung mit dem Arbeiterstande. Mag uns an der Sozialdemokratie noch so viel mißfallen, mögen wir für Privateigentum und Unternehmertum noch so warm eintreten: ohne Mitwirkung des endlich hochgekommenen Arbeiterstandes heute kein Staat, keine Regierung, keine Kultur mehr.

2. Rückhaltlose Anerkennung der Republik. Auch kein heimliches Lieblos mehr der Monarchie und ihrer Vorzüge. Einst mochten wir träumen von „Demokratie und Raifertum“ — es war reelle Möglichkeit, des Einfaches wert. Vorüber! Das Volk muß lernen sein Staatswesen von unten aufzubauen! Dennoch:

3. Treues Festhalten an dem Erbe der Väter. Nicht einen Augenblick dürfen wir vergessen, welche Reichtümer die Jahrhunderte unserm Volke zurückgelassen haben. Wir sind zu arm, um vergeuden zu dürfen. Der ungeschichtliche Sinn der Sozialdemokratie — begreiflich, so es entleert und vernichtet — von wem kann er wettgemacht werden, wenn nicht von uns als verständigen Hütern aller überkommenen realen und idealen Güter?

Ablehnung aller einseitigen Stände-, Geschäfts- und Berufs-Politik. Mögen Räte, Ausschüsse, Kongresse nach Bedarf den Interessen der einzelnen Volksschichten dienen. — Parlament und Regierung sollen für das ganze Volk da sein, und der einzelne Abgeordnete, Staatsmann und Beamte auch. So will es unsere Verfassung, so des Volkes Wohl. Vielleicht haben auch wir schon zu sehr dem Wettrennen der Zukunft unter uns Raum gegeben. Bleiben wir die Verünftigen, die dem Ganzen dienen und zum Ganzen streben.

In solchen Gedanken und Entschlüssen sich sammeln, das heißt sich rüsten zu neuer Kraftentfaltung. Sie wird uns stark machen, unserm Volke die Führer zu geben, die es braucht.

Die Haltung der Deutschen Volkspartei.

Der soeben frisch in den Reichstag gewählte Leiter der „Täglichen Rundschau“ Heinrich Rippler erklärt am Mittwochabend, daß der bisherige Reichskanzler Müller, wenn er mit der Bildung eines neuen Kabinetts betraut wird, bei der Weigerung der Unabhängigen, die Verantwortung für ihre Agitation zu tragen, auf den Gedanken einer Verbreiterung der Regierungsbasis durch Hinzutritt der nationalen bürgerlichen Parteien, zunächst der Deutschen Volkspartei, wird zurückgreifen müssen. Nur müsse der neue Mann sich vor dem Gedanken hüten, daß sich die Deutsche Volkspartei zur Teilnahme an der Regierung drängt. Aber erinnert sich denn Herr Rippler so gar nicht der zahlreichen Bereitwilligkeitserklärungen des Führers der Deutschen Volkspartei, sich der bisherigen Koalitions-mehrheit anzuschließen? Angesichts dieser Zusicherungen klingt es doch seltsam, wenn ein Fraktionskollege des Abg. Stresemann behauptet: „Die Deutsche Volkspartei unterscheidet sich von den bisherigen Regierungsparteien namentlich dadurch, daß sie keinen persönlichen Ehrgeiz nach Ministerstellen mitbringt.“ Wie wenig kennt doch der Leiter der „Täglichen Rundschau“ seinen Parteiführer Stresemann und die demokratischen Mitglieder der bisherigen Regierung. Wenn die „Tägliche Rundschau“ weiter als erste Bedingung einer etwaigen Teilnahme der Deutschen Volkspartei an der Regierung die Forderung erhebt, daß das Reich fortan keine Versorgungsanstalt für eifrige Parteigänger sein darf, so kann Herr Rippler versichert sein, daß die Deutsche Demokratische Partei in diesem Punkte mit ihm durchaus eines Sinnes ist.

Mandatskauf bei der Volkspartei.

Die Art und Weise, wie Kandidaturen der Deutschen Volkspartei zustande gekommen sind, wird in recht charakteristischer Weise durch zwei Schriftstücke, die von der „Schlesischen Volkszeitung“ veröffentlicht werden. Es handelt sich um einen ausgesprochenen Mandatskauf. Ein Herr v. Rheinbaben kauft sich eine Kandidatur der Deutschen Volkspartei für 300 000 bis 400 000 M. Die beiden Schriftstücke geben wir in ihrem wesentlichen Teil im Wortlaut wieder:

Wahlkreisverband 6. 9. April 1920.

Wir haben für die nächste Woche eine vertrauliche Besprechung der Industriellen einberufen und wollen nun einmal hören, was uns daselbst für Vorschläge gemacht werden. Neuerdings bewirbt sich ein von Generaldirektor Bögl sehr warm empfohlener Kandidat, der Legationsrat a. D. v. Rheinbaben um eine Kandidatur. Herr v. Rheinbaben hat sich hier vorgestellt und bearbeitet die ganze Angelegenheit mit offenbar gutem Geschick. Er hat zunächst sehr erfreuliche Beziehungen zu den „Breslauer Neuesten Nachrichten“ angeknüpft. Er verfügt über große Geldmittel, die er uns zur Verfügung stellen will und er hat sich auch erboten, rednerisch überall aufzutreten. Die Sache ist doch die, daß wir, wenn die Wahlen schnell kommen, dann ohne finanzkräftige und gute Kandidaten in große Schwierigkeiten geraten und daß wir schlimmstenfalls zugreifen müssen, wo sich etwas Gutes bietet.

Dem Schreiben lag eine Abschrift der von Herrn Generalsekretär Salomon gefertigten Niederschrift über die Verhandlung mit Herrn v. Rheinbaben wegen seiner Kandidatur bei. Sie lautet:

Abschrift. Breslau, den 9. April 1920.
Ueber die Verhandlung mit dem Legationsrat a. D. v. Rheinbaben aus Berlin über seine Kandidatur.

A. stellt in Aussicht: a) die Finanzierung des Wahlfreies mit eigenen und von ihm zu nehmenden Geldern (ich habe als notwendig eine Summe von 300 000 bis 400 000 M. genannt). b) die Herausgabe einer zweimal die Woche erscheinenden Presse, die sechs Wochen vor den Wahlen beginnend in einer Auflage von etwa 100 000 Stück erscheinen soll, während die erste Auflage in großer Ausstattung von etwa 150 000 Stück erscheinen soll, um dauernd als Verteilungsblatt in Versammlungen zu dienen. c) Beeinflussung (!) der demokratischen Presse im Sinne einer Mäßigung im Parteikampf. d) Eigene weitestgehende Beteiligung und Einrichtung eines eigenen Breslauer Büros. e) Zur Förderung der Angelegenheit am Freitag, den 16., eine Besprechung der führenden Persönlichkeiten aus Bank- und Industriezweigen zu veranstalten, zu der er bitte, eingeladen zu werden und für die er auch den Besuch von Dr. Bögl oder von dessen Privatsekretär Dr. Freund vermitteln will.

Legationsrat v. Rheinbaben ist tatsächlich als Kandidat der Deutschen Volkspartei aufgestellt worden.

Regierungskrise in Oesterreich.

Die Demission des Kabinetts angenommen.

Wien, 11. Juni. Der Staatskanzler Dr. Renner überreichte heute mittags dem Präsidenten Se. Majestät die Demission des Gesamtkabinetts. Der Präsident nahm die Demission entgegen und beauftragte die scheidende Regierung unter dem Vorsitz des bisherigen Staatskanzlers Dr. Renner mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte.

Wien, 11. Juni. Die Sozialdemokratische Korrespondenz veröffentlicht spät nachts ein parteiamtliches Communiqué, in dem es heißt: Die Krise in der Koalition ist durch die Vorgänge in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wesentlich verschärft worden. Eine christlich-sozial große deutsche Koalition ist gegen den Staatskanzler für Bundeswesen aufgetreten und hat die unannehmbar Forderung gestellt, daß der Ersatz über die Vertrauensmänner der Soldaten zurückgezogen werde. Der christlich-sozial Parteiführer Rindskopf hat nicht nur den Staatskanzler für Bundeswesen grob beleidigt, sondern auch ganz offen mit der Kündigung der Koalition gedroht. Diese Drohung ist von allen Seiten mit demontret worden. Dem Rindskopf sind die Augen geschlossen worden. Angesichts dieser Umstände haben Staatskanzler Dr. Renner und die sozialdemokratischen Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre den Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten um die Ermächtigung ersucht, zu demissionieren. Der Verband hat diese Ansicht zur Kenntnis genommen.

Graz, 11. Juni. Auf Grund eines Beschlusses der sozialdemokratischen Parteileitung, die gestern eine außerordentliche Sitzung abhielt, haben die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesversammlung, ferner der Bürgermeister mit den sozialdemokratischen Stadträten ihre Mandate niedergelegt.

Die deutsch-österreichische Anschlussbewegung.

Wien, 11. Juni. Der Neuen Freien Presse zufolge sollte der Salzburger Landtag gestern folgenden Beschluß fassen: Der Landtag wird beauftragt, den Anschluß an Deutschland bzw. an Bayern nach wie vor energisch weiter zu verfolgen. Die sozialdemokratische Partei kennzeichnete ihren Standpunkt dahin, daß sie für den Anschluß der ganzen Republik an das deutsche Reich und nicht für den länderweisen Anschluß eintrete.

Deutsches Reich.

Polnische Mache im Industriegebiet.

dd. Bochum, 11. Juni. (Sig. Drahtb.) Seitdem die Abstimmungstermine für die Volksabstimmungen in Ost- und Westpreußen bekannt gegeben worden sind, reisen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet polnische Agenten umher, die unter den hier ansässigen Ost- und Westpreußen Stimmen aufreiben. Auf einer hiesigen Maschinenfabrik wurde ostpreussischen Arbeitern Anzugstoff im Werte von 800 M. und 500—800 M. für Mäckerlohn beim Schneider angeboten, wenn die Arbeiter sich verpflichteten, für Polen zu stimmen. In anderen Fällen sind 1000 M. in bar geboten worden.

Ein polnischer Pubenstreich.

tu. Rattowitz, 11. Juni. Heute nachmittags um 130 Uhr wurden, wie die Oberhavelische Morgenzeitung meldet, in Schoppsitz die beiden Denkmäler Kaiser Wilhelm I. und Kaiser Friedrich III.

durch ein Dynamitentat von polnischer Hand gesprengt. Während das Denkmal Kaiser Wilhelms vollständig vernichtet wurde, ist beim Denkmal Kaiser Friedrichs nur der Sockel auseinander gesprengt.

Gründung einer einheitlichen Gewerkschaft deutscher Eisenbahner.

Wth. Berlin, 11. Juni. Die Versammlung von Vertretern aller Parteigruppen der Reichseisenbahnen hat die Gründung einer einheitlichen Gewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Arbeiter beschlossen. Die neue Gewerkschaft umfaßt rund 300 000 Mitglieder, ist parteipolitisch neutral und steht auf dem Standpunkt des uneingeschränkten Koalitionsrechtes.

Der Städtetag gegen weitere Preissteigerung.

Berlin, 11. Juni. Von landwirtschaftlicher Seite wird, nachdem die Mindestpreise für die Ernte 1920 durch gesetzliche Vorschriften festgelegt worden sind, mit Eifer auf weitere Erhöhung gedrängt. Daneben wird aber, daß außer den allgemeinen Getreidepreisen auch wieder Druschpreisen an die Landwirtschaft gewährt werden sollen. Nimmt man dann noch hinzu, daß die Verbraucher durch die Reichsgetreidekasse nicht bloß mit den inländischen Getreidepreisen, sondern auch noch mit den Mehraufwendungen für das eingeführte ausländische Getreide belastet werden, so ergeben sich die schlimmsten Befürchtungen für die Preissteigerung des Getreides, auf die Dauer nicht ertaglichen Brotpreises. Der Vorsitzende des Deutschen Städtetages hat deshalb Veranlassung genommen, beim Ernährungsminister und bei der Reichsgetreidekasse gegen die Kumulierung aller dieser preissteigernden Steigerungen im Interesse der schwerbelasteten Verbraucher auf das nachdrücklichste Einspruch zu erheben.

Französisches Justiz.

Wth. Landau (Pfalz), 11. Juni. Vom französischen Kriegsgericht wurden wegen Abdruck eines Artikels über die schwarzen Besatzungstruppen, in dem die französischen Behörden eine Beleidigung erblickten, der Verleger des „Nordpfälzer Tageblattes“ in Rodenhäuser zu 10 000 M. Geldstrafe, der Redakteur dieses Blattes zu 6000 M. Geldstrafe, der Verleger des „Kirchheimbolder Anzeigers“ zu einem Monat Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe, der Verleger des „Kaiser Tageblattes“ zu 10 000 M. Geldstrafe und der Verleger des „Lokal-Anzeigers“ in Rodenhäuser zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt.

Wth. Breslau, 11. Juni. Aus Gleiwitz wird gemeldet: Bürgermeister Dr. Geißler erhielt von dem hiesigen französischen General den Auftrag, über die Vorgänge vom Donnerstag in der Großen Mühlenstraße keinen Bericht nach Berlin zu erstatten. Er ist heute vormittags seines Amtes enthoben worden.

Unterbilanz in der Berliner Lebensmittelversorgung.

tu. Berlin, 11. Juni. Wie Oberbürgermeister Wermuth in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung mitteilte, hat Berlin während der Kriegsjahre einen Anstieg an Lebensmitteln in Höhe von vier Milliarden Mark gehabt. Davon entfielen eine Milliarde auf Fleisch, Butter und Gemüse. Bis zum 30. Juni 1919 beträgt der Verlust 12 Millionen Mark, d. h. 0,3 Prozent des Gesamtumsatzes. Bei der Besprechung dieses Ergebnisses kam es zu heftigen Ausfällen.

Erzberger gegen die „Deutsche Zeitung“.

tu. Berlin, 11. Juni. Der Beleidigungsprozess Erzbergers gegen den verantwortlichen Redakteur der „Deutschen Zeitung“ soll am 9. Juli beginnen. Dr. Helfferich wird als Zeuge erscheinen.

Ausland.

Die Anleihe an Deutschland.

dd. Paris, 12. Juni. (Sig. Drahtb.) Nach dem „Temps“ sind die Beratungen der alliierten Kommission über die Deutschland zu bewilligende Anleihe abgeschlossen worden. Die Höhe der Anleihe wird auf 14 bis 15 Milliarden angegeben. Der Rest soll in Roststoffen geliefert werden. Voraussetzung ist die Unterstellung der Finanz- und Steuerverwaltung unter die Überwachung der Entente-Kommission in Berlin.

Verurteilung Deutscher in Frankreich.

tu. Metz, 11. Juni. Das französische Kriegsgericht verurteilte den deutschen Obersten Adolph, der Wilmersburger seiner Soldaten ausgelassen haben soll, zu 10 Jahren Zwangsarbeit und 5000 Francs Geldbuße, ferner den Major Mantuffel und den Leutnant Busch wegen angeblichen Diebstahls zu 20 bzw. 10 Jahren Zwangsarbeit.

Giolitti, der kommende Mann.

tu. Berlin, 11. Juni. Wie das Berliner Tageblatt aus einer Quelle, die sich bisher stets als zuverlässig erwiesen hat, erfährt, hat der König von Italien gestern das Rücktrittsgesuch des Kabinetts Ritti angenommen und Giolitti mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Es verlautet, daß Giolitti sich bereits über die Verteilung seiner Ministerien einig sei und auch schon mit den betreffenden Kandidaten ein Einvernehmen erzielt habe, so daß die Krise vielleicht noch im Laufe des heutigen Tages überwunden sein kann. — Interessant ist, daß laut „Messagero“ Giolitti alsbald einen Antrag einbringen wolle, die für den Eintritt Italiens in den Krieg verantwortlichen früheren Minister Salandra, Sonnino und Gen. vor einen Staatsgerichtshof zu stellen. Tatsächlich wurde Salandra gestern in der Kammer aus schwerer Infamie.

Die englischen Bergarbeiter fordern Zurückziehung der Truppen aus Irland.

Wth. London, 10. Juni. Die Landeskonferenz des Bergarbeiterbundes in London hat den Vollzugsausschuß beauftragt, die finanziellen Zustände in der Kohlenindustrie zu prüfen, um Vorschläge über Lohnsteigerungen aufstellen zu können. Ferner hat er die sofortige Zurückziehung der Truppen aus Irland gefordert.

Französische Munitionsendungen nach Polen durch die Schweiz.

tu. Zürich, 11. Juni. Nach sozialistischen Blättermeldungen soll die Schweiz neuerdings als Durchbruchland für französische Munition, die für Polen bestimmt ist, benutzt werden. So traf kürzlich wieder ein französischer Güterzug ein, der von französischen Offizieren und Soldaten begleitet war und nach Mitteilungen der Blätter teilweise Munition für Polen enthielt.

Der polnische Heeresbericht.

Wth. Warschau, 11. Juni. Im polnischen Heeresbericht vom 10. Juni heißt es: Die am 10. Mai begonnene große Schlacht an der Berezina, die von beiden Seiten mit ungeheurer Kräfteanstrengung geführt wurde, ist gestern mit unserem endgültigen Sieg abgeschlossen worden. Es wurden bisher über 300 Gefangene und 57 erbeutete Maschinengewehre gezählt.

tu. Stockholm, 11. Juni. Svenska Telegrammbüro erfährt von amtlicher Seite, daß die schwedische Regierung für die Zeit der Vereinigung der Naalandsinseln mit Schweden entschlossen ist, sich zu verpflichten, keinerlei Befestigungsanlagen auf den Naalandsinseln vorzunehmen.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung: Nr. 151.

12. Juni.

Sonntagsgedanken.

Sonntag! — Feiertag! —

Für jedes Menschenherz hat dieses Wort, das aus dem Strome der Zeit dir jeden siebenten Tag entgegenrauscht, einen anderen Klang. Da sind welche, denen sich damit notwendig eine Vorstellung von Wirtschaftslärm, Gläsergeklirr und Spiel verbindet. Da sind andere, die dabei wirbelnde Tanzmusik im Ohre haben und von sinnlichem Dunst sich umnebelt fühlen.

Da sind aber auch Kinder, die die ganze Woche verdämmert haben in staubigen Straßenzügen der Stadt, und denen das Wort Sonntag ein Sehnsuchtsrufen ist nach einem Schreiten in Sonne, einem Springen im Grünen unter Blumen und Falteln, ein Dürsten nach belebender, herzerquickender Natur.

Für die Kinder in der Stadt ist im Vorstellungsbilde der Begriff Sonntag unter allen Umständen verbunden mit einem Traum von blauem Himmel, von Wiese und Wald und von einer glütigen Vater- oder Mutterhand, die das arme, in den Gefängnissen der Stadtwohungen vorkommende Seelchen auf alle diese Herrlichkeiten hinweist mit der liebevollen Ermunterung: „Frei! dich daran; denn auch für dich ist Gottes Garten geschaffen!“

Doch bei dem heutigen harten Erverbleben und der immer breitere Schichten erfassenden Verarmung haben die wenigsten Eltern die Möglichkeit, ihren Kleinen den ersehnten Sonntag unter Gottes Blumen, Falteln und Vögeln zu schenken.

Ihr, die ihr fern der Städte wohnt, ihr Landleute habt es in der Hand, Tausenden und Abertausenden nach der reinen Gotteslust der Natur, die euer eigen ist, lebenden Kinderseelen ein paar Wochen zu schenken, von denen nicht nur der siebente, sondern jeder einzelne Tag ein Sonntag, ein Tag der Herzenstherapie, des Jubels und reiner, kindlicher Entzückung ist.

Darum öffnet Herzen und Hände, wenn man jetzt an euch herantritt mit der Bitte — um Gotteslohn ein hungerndes, bleiches Großstadtkind auf einige Wochen zu euch zu nehmen! — Lasset die Kleinen zu euch kommen und wehret es ihnen nicht! Denn ihrer ist das Himmelreich und durch ihr unschuldvolles Dankgebet wird es dann auch euer sein!

Der Arbeitsmarkt in Westfalen-Lippe.

Nach dem letzten Situationsbericht des Landesarbeitsamts zeigte die Arbeitsmarktlage in Westfalen und Lippe in der vergangenen Berichtswoche in fast allen Industriezweigen eine mehr oder weniger zunehmende Verschlechterung. Bereits in dem Bericht der Vorwoche wurde auf den außerordentlichen wirtschaftl. Niedergang in der Möbelindustrie hingewiesen, der ständig weitere Kreise zieht, da infolge Absatzmangel und Auftragsmangel allmählich fast alle bedeutenden Möbelbetriebe zum Stillstand gekommen sind oder doch nur beschränkt betriebsfähig bleiben konnten. Auch in andern Industrien greift eine erhebliche ständig wachsende Arbeitslosigkeit ein.

Die Tabakindustrie zeigt seit einiger Zeit ein recht ungünstiges Bild, da infolge des Tabaksteuergesetzes der Absatz an Zigarren sehr ins Stocken geraten ist. Während im Bezirk Sanger fast alle Fabriken noch mit beschränkter Arbeitszeit arbeiten, sahen sich drei Firmen gezwungen, den Betrieb vorläufig ganz einzustellen. Diese Arbeitslosen werden nach Maßgabe der Schutzvorschriften des Tabaksteuergesetzes unterstützt. Auch im Bezirk Spengde kam es zu bedeutenden Arbeitseinsparungen. Etwa 150 Tabakarbeiter sind hier auf längere Zeit beschäftigungslos. In den übrigen Bezirken der westfälischen Zigarren- und Tabakindustrie zeigen sich ähnliche Zustände.

In der Metallindustrie machen sich Anzeichen zunehmender Arbeitslosigkeit deutlich bemerkbar. Die westfälische Metallindustrie in Lippestadt arbeitet seit Anfang der Woche wegen Arbeitsmangel nur noch 4 Stunden täglich. In Frage kommen etwa 600 Personen. Die Firma Goppel u. Humann in Minden mußte ihren Betrieb infolge Rohmaterialmangels zunächst für circa acht Tage stilllegen. Im Gütersloher Bezirk wurden Anfang dieser Woche in einer Maschinenfabrik rund 80 Arbeiter (ledige und jüngere Leute) arbeitslos. Derselbe Betrieb mußte Ferien und Feiertagen einlegen und steht sich gezwungen, Anfang der kommenden Woche weitere 170 Mann zu entlassen, wenn eine Besserung nicht eintreten sollte. Eine Sprungfederfabrik mit etwa 20 Arbeitern und Arbeiterinnen mußte den Betrieb völlig einstellen. Im Bielefelder Bezirk mußten einige kleinere Betriebe Feiertagen einlegen. Bei den größeren Werken konnten vorläufig Betriebsbeschränkungen noch vermieden werden. Die im vorigen Bericht erwähnten Entlassungen bei den Hohmann-Werken M.-G. in Bielefeld nehmen weiteren Umfang an. In einzelnen Abteilungen dieser Werke kann teilweise täglich nur 4 bis 6 Stunden gearbeitet werden.

Die Textilindustrie zeigt ebenfalls eine zunehmende Verschlechterung. Wenn auch Arbeiterentlassungen größeren Umfangs bis jetzt vermieden werden konnten, so ist doch damit zu rechnen, daß in absehbarer Zeit auch hier eine größere Arbeitslosigkeit eintreten wird. Teilweise konnte die Arbeitszeit durch Verkürzung und Einlegung von Feiertagen gestreckt werden.

Papierindustrie. Die Papierfabrik Retzholt A.-G., Abteilung Ruhrwerke, in Arnsberg plant eine Vergrößerung ihres Betriebes durch Aufstellung einer größeren Papiermaschine, wodurch circa 1500 Arbeiter mehr beschäftigt werden können.

In der Landwirtschaft ist der Bedarf an Knoschen gedeckt, während Schweine gesucht werden. Dagegen ist das Angebot an landwirtschaftlichen Güterbeamten bei geringer Nachfrage äußerst stark. Gelernte und ungelernte Mädchen bleiben weiterhin stark gesucht. Der bevorstehende Viertelsjahreswechsel beeinflusst die Nachfrage sehr wesentlich.

Im Bergbau ist der Bedarf an gelernten Bergarbeitern außerordentlich stark, dürfte aber durch den heimischen Arbeitsmarkt in absehbarer Zeit nicht befriedigt werden.

den können. Obwohl die Zahl der offenen Stellen für un-
gelernte Arbeiter über- und Unterlage durch das Fehlen
gelernter Bergarbeiter stark beeinträchtigt wird, ist der Be-
darf vorläufig nicht ganz gedeckt.

— **Das Wetter am Sonntag:** Ziemlich warm, wolfig,
zeitweise aufsteigend, Regenschauer, Gewitter.

— **Der Steuerabzug ab 25. Juni.** Um irrigen Auf-
fassungen zu begegnen, sei darauf hingewiesen, daß jeder
Arbeitslohn, der vom 25. Juni 1920 an zur Auszahlung
gelangt, dem 10 prozentigen Abzug für Einkommensteuern
unterliegt, und zwar auch dann, wenn er auf eine vor dem
25. Juni 1920 liegende Zeit entfällt. Werden also bei-
spielsweise für die Lohnwoche vom 21. bis 26. Juni 250 M
Arbeitslohn ausbezahlt, so sind 10 vom Hundert von den
ganzen 250 M zu kürzen. Werden am 30. Juni 1920
1000 M Arbeitslohn für den Juni ausbezahlt, so unter-
liegen die ganzen 1000 M dem Abzug. Eine Auseinander-
rechnung, also zwischen vor und nach dem 25. Juni 1920
verdienten Arbeitslohn, findet nicht statt.

— **Ablieferung von Brotgetreide und Gerste.**
Da die Arbeiter zur Frühjahrsernte vielfach die Ab-
lieferung von Brotgetreide und Gerste stark beeinträchtigt
haben, ist der Zeitraum für die Zahlung der Höchstprämien
von 300 M für die Tonne Brotgetreide und Gerste bis zum
15. Juni 1920 verlängert worden. Die Entlohnung der Prä-
mien um 100 M, also auf 200 M für die Tonne, tritt erst
nach dem 15. Juni ein. Im übrigen ist die Höchstgrenze
von 300 M auch nach dem 15. Juni noch zu gewähren, wenn
die Ablieferung des Getreides aus Gründen, die der Lieferer
nicht zu vertreten hat, nicht rechtzeitig hat erfolgen können.

— **Die Arbeitslosigkeit der Herforder Möbelfabrik.**
Nach einer vom Deutschen Holzarbeiterverband aufgenom-
menen Statistik in der Möbelfabrik Herford arbeiten
von 40 Betrieben nur noch 6 Betriebe mit 130 Holzarbei-
tern ohne Betriebseinschränkung. In 26 Betrieben ist die
Arbeitszeit auf 24 resp. 30 Stunden herabgesetzt. 10 Be-
triebe mit 250 Arbeitern haben vorübergehend geschlossen.
573 Arbeiter sind vollständig entlassen worden, von diesen
haben 250 im Kohlenrevier Arbeit gefunden. Weitere Be-
triebsstilllegungen werden erfolgen müssen, wenn es nicht
gelingt, in den nächsten Tagen größere Aufträge für die
Möbelfabrik zu erhalten.

— **Schlachtvieh- und Fleischbeschau für Wirt.** Gegen-
über hervorgeratenen Zweifeln wird darauf hingewiesen,
daß auch während der Zwangsbeschauung des Fleisch-
schlachtschlachters vom 2. Juni 1900 nicht anzusehen ist,
daß demnach Schlachtungen der bezeichneten Gewerbe-
treibenden usw. auch jetzt — neben der Zeichnungsschau —
der Schlachtvieh- und Fleischbeschau unterliegen.

— **Weitere Vertiefung der Eisenbahntarife.** In der
öffentlichen Reichsdruckschrift am Freitag wurde mitgeteilt,
daß eine weitere Erhöhung der Eisenbahntarife nicht aus-
geschlossen sei. Entsprechend der Erhöhung der übrigen
Eisenbahntarife hat der Reichsrat nunmehr auch eine Er-
höhung des Militärtarifes vom 15. Juni ab beschlossen.
Danach erhöhen sich die Preise für Personenbeförderung
um 500 Prozent, für Güterbeförderung um 450 Prozent.
Auch im Militärtarif sollen künftig die Tarife entsprechend
den jeweiligen Zuschlägen im öffentlichen Verkehr gestaltet
werden.

— **Einspruchsfrist für östpreussische Abstammungsberechtig-
te.** Der Deutsche Schutzbund teilt mit, daß die Ein-
spruchsfrist für Abstammungsberechtigte in Ostpreußen
bis zum 20. Juni verlängert worden ist. Wahlberechtigte,
die den Wahlkreis bis zum 15. Juni noch nicht erhalten
haben, tun daher gut, unverzüglich bei der Abstammungs-
kommission ihres Geburtsortes Einspruch zu erheben.

— **Einbruch.** In der Nacht zum Freitag wurden hier
wiederum zwei Einbrüche verübt. So verdrängte Einbrecher
in das Anwesen und in den Schweinestall des Maurers H.
B. in der Ginterstraße einzudringen, indem sie die Dach-
ziegel abhoben. Offenbar hatte man es auf die Kuchner-
kammer abgesehen, jedoch ist den Dieben nichts in die Hände
gefallen. Als Täter wurden zwei von der Außenarbeit des
hiesigen Zellengefängnisses entworfene Sträflinge ermittelt,
die dann auch später wieder festgenommen wurden. — Ein
weiterer Einbruch wurde in ein Friseurgeschäft in der
Göbenstraße verübt. Die Spitzbuben ließen Kämme und
Parfüm im Werte von 1200 M mitgehen.

— **Polizeibericht.** Der Polizei gelang es, einen von der
Amtsanwaltschaft wegen Diebstahls gesuchten Maurer fest-

zunehmen. — Auf dem hiesigen Bahnhof wurden 20 Pfund
Kalbfleisch, 1 Schinken, 12 Pfund Butter und 62 Pfund
Mehl beschlagnahmt.

— **Diebstahl.** Eine Frauensperson hatte ihrer Arbeit-
geberin verschiedene Gegenstände gestohlen. Die Diebin
wurde festgenommen. Ferner stahlen Diebe einem Land-
wirt in der Neustädter Feldmark ein Kalb.

— **Platzkonzert.** Morgen, Sonntag, von 12—14 Uhr, findet
auf dem Wilhelmplatz Promenadenkonzert statt.

— **Bereits etc. Nachrichten.**

— **Ein Sommerfest** veranstaltet heute Abend der Reichs-
bund der Kriegsgeschädigten, Kriegsteilnehmer usw., Orts-
gruppe Herford, in dem Festsaal des Schützenhofes. Für
die Besucher sind die verschiedensten Ueberraschungen vor-
bereitet. Außerdem wird beim Eintritt der Dunkelheit ein
großes Feuerwerk abgebrannt werden.

— **Bad Deynhausen, 11. Juni.** Herr Ingenieur Gottl. Theilmann
erhielt uns, zu unserer Notiz über ihn in der Ausgabe vom 29.
Mai d. J. mitzuteilen, daß „es seinen sozialdemokratischen Verein
in Deutschland gibt, dem er niemals angehört“ und daß er „niemals
sozialistische Gedanken verfolgt“ habe.

— **Bielefeld, 11. Juni.** Der städtische Haushaltsplan für das
Jahr 1920 schließt im Voranschlag in Einnahme und Ausgabe mit
27 1/2 Millionen gegen 9 542 000 M im Vorjahr ab. Der Ge-
samtetat von 21 672 562 (7 796 000) M soll wie folgt aufgebracht wer-
den: 12 377 562 M Anteil an der Reichseinkommensteuer, 400 000 M
Anteil an der Warenumschlagsteuer, 1 835 000 M Gemeindeeinkom-
mensteuer auf die reichseinkommensteuerfreien Einkommen, 460
(230) v. H. Grund- und Gebäudesteuer mit 1 546 000 M, 640 (320)
v. H. Gewerbesteuer Klasse I mit 2 591 000 M, 540 (270) v. H.
Gewerbesteuer Klasse II mit 1 639 000 M, 420 (210) v. H. Gewerbe-
steuer Klasse III und IV mit 288 000 M, 200 v. H. Betriebssteuer
12 000 M, Reichsbahnabgaben, Straßenreinigungsbeträge und
Kanalgebühren 1 510 000 M, Hundesteuer 75 000 M, Vergnügungs-
steuer 750 000 M, Schanferlaubnissteuer 25 000 M. Die Erhebung
der Realsteuern unter Verdoppelung der vorjährigen Prozentsätze
soll nur eine vorläufige sein, da die städtische Finanzverwaltung
eine Neuordnung der Grund- und Gebäudesteuer nach dem gemei-
nen Wert und der Gewerbesteuer plant. — Unter den Ausgaben
figurieren Verwaltungskosten mit 7 290 000 M, Provinzialsteuern
mit 1 500 000 M, Bauwesen mit 3 564 000 M, Schulwesen (ohne
bauliche Unterhaltung) 6 500 000 M, Krankenhaus 590 000 M,
Wohlfahrtsamt mit 1 700 000 M, Polizeiverwaltung 2 548 520 M,
Feuerwehr 479 500 M. Das Stadttheater ist mit einem Zuschuß
von 400 000 M, das städtische Orchester mit einem solchen von
250 000 M eingestellt.

Was unsere Leser sagen.

(An dieser Stelle veröffentlichen wir Zusendungen aus unserem
Leserkreis, für welche wir eine Verantwortung nicht übernehmen.)

Demokratische Kampfesweise.

Unter vorstehender Überschrift bringt der „Engische Anzei-
ger“ in Nr. 97 einen Artikel, der nicht unüberprüfbar gelassen
werden kann. Auf die Ausführungen persönlicher Art einzugehen,
erübrigt sich. Wenn aber der Artikelsteller berichtet, daß die
demokratische Jugend in äußerst fleißiger Weise die von der
Deutschen Volkspartei angelegten Plakate beschmutzte und zer-
stört, so ist darauf zu sagen, daß wir die demokratische Jugend hierzu
nicht veranlassen haben und daß wir ferner kein Fall bekannt
geworden ist, daß sich die „demokratische Jugend“ auch nur etwas
Gehässiges hätte zu Schulden kommen lassen. Feststellen wollen
wir aber, daß tagelang vor der Wahl Kinder, deren Väter führende
Leute der hiesigen Deutschen Volkspartei sind (Namen wollen wir
vorläufig nicht nennen) gegenwärtige Wahlkreise mit volkspartei-
licher Überlegenheit und daß am Wahlmorgen die Schaufenster der
demokratischen Wähler mit unzähligen deutsch-volksparteilichen
Zetteln verklebt waren. Das Urteil darüber, auf welcher
Seite die Jugend sich in „fleißiger Weise“ am Wahlkampf be-
teiligt hat, überlassen wir getrost der rechtlich denkenden Bürger-
schaft.

Enger, 11. 6. H. K.

Sport.

Zur Aufklärung!

Der Obmann der Herforder Schiedsrichter-Vereinigung, Herr
Lehmacher, ließ vor einigen Tagen eine Beschwerde über die Be-
richterstattung vom letzten Sonntag erscheinen. Der S. C. Union
wird mit der Angelegenheit in Zusammenhang gebracht. Warum
das? Der Schiedsrichter des Sportartikels am Dienstag ist der
Berichterstatter des Rattenportverbandes Herford, damals von allen
Vereinen einstimmig gewählt. Damit hat doch der unterfertigte
Verein nichts zu tun! Dann soll der Berichterstatter von einigen
Vereinsmitgliedern überredet worden sein. Eine solche unerhörte
Beschuldigung, noch dazu ohne jeden Grund ausgesprochen, müssen
wir auf das entschiedenste zurückweisen. Auch daß der S. C. Union
die Schiedsrichter-Vereinigung beitreffe, ist eine wohl nicht ganz
ernt gemeinte Behauptung. Warum Herr Lehmacher das alles
erwähnt, ist uns nicht recht verständlich; es hat doch mit dem Sport-

bericht nichts zu tun. Wir unterstützen die Schiedsrichter-Verein-
igung nach Kräften, weil wir von der dringenden Notwendigkeit
einer solchen Organisation überzeugt sind. Dies zur Aufklärung!
Für uns ist die Sache, in welche wir ohne unser Zutun verwickelt
wurden, ein für alle mal erledigt.

S. C. Union 08, eingetragener Verein.

Wirtschaftsleben.

Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Auszahlungen:	11. Juni		10. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam-Rotterdam	1423,60	1423,40	1398,60	1401,40
Brüssel-Antwerpen	817,15	817,35	814,65	815,35
Christiania	684,30	685,70	674,30	675,75
Kopenhagen	659,35	660,65	648,35	650,65
Stockholm	854,10	855,90	834,10	835,90
Helsingfors	164,40	165,20	174,30	175,20
Italien	219,75	220,25	224,75	225,25
London	154,55	154,95	151,80	152,20
Rembort	39,07½	39,17½	37,70	38,80
Paris	297,20	297,80	299,70	300,80
Schweiz	709,30	710,70	698,80	700,70
Spanien	634,35	635,65	626,85	628,15
Wien (altcs)	19,73	19,77	19,72	19,78
do. (Deutsch-Öest. abgezw.)	27,97	28,08	27,22	28,28
Prag	87,65	87,85	87,40	87,60
Budapest	22,22	22,28	22,17	22,53

Erhöhung der Höchstpreise für Lebensmittel.

Der preussische Finanzminister hat sich bereit erklärt,
die Höchstpreise für Lebensmittel zu erhöhen, soweit sie an-
sichts der Umsatzsteuer keinen angemessenen Gewinn mehr
abwerfen.

Angehende Hantepreise.

Auf der in Nürnberg stattgefundenen achten bayerischen Hantepreisauction machte sich wieder eine lebhaftere Kauflust bemerkbar, die
teilweise Preissteigerungen um 30—40 Prozent brachte. Zur Ver-
feinerung kamen die Häute und Felle von ganz Bayern. Es er-
zielten Großhändler Durchschnittspreise zwischen 7—11 M, Kalb-
felle zwischen 13,20—15,80 M, Ziegenfelle, gefolgt und trocken,
halb und halb, 49,50 M pro Pfund.

Friedrich Wilhelm, Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft in Berlin.

In der Sitzung des Aufsichtsrates vom 4. Juni d. J. wurde
der Abschluß für das Geschäftsjahr 1919 bekannt gegeben. Der
Uberschuß beträgt 12 839 025,07 M (i. V. 12 883 954,22 M). Da-
von werden vorbehaltlich der Genehmigung der Generalversamm-
lung 11 750 097,24 M (i. V. 11 834 842,54 M) den Versicherten
abgewiesen. Die Aktionäre erhalten 540 000 M = 135 M auf jede
Aktie (i. V. 150 M auf jede Aktie). Der Vermögensbestand be-
trug Ende 1919 auf 497 011 507 M. Von dem den Versicherten
zufallenden Betrage erhalten die Mitglieder des Gewinnverbandes
A 21 Proz. (i. V. 24 Proz.) der Jahresprämie, die Versicherten des
Verbandes B 33 Proz. (i. V. 33 Proz.) der Jahresprämie. Im
Verband C wird bei einem Einheitsfakt von 2/3 Proz. (i. V. 3/4
Proz.) eine steigende Dividende bis zu 7 1/2 Proz. der Jahresprämie
gewährt, im Verband D eine steigende Dividende wie im Vorjahre
von 2/3 Proz. bis 6 Proz. Einheitsfakt. Die Versicherten des Ver-
bandes E erhalten 20 Proz. (i. V. 25 Proz.) der Jahresprämie.
Die ordentliche Generalversammlung ist auf den 24. Juni 1920
festgesetzt.

Unsere heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reiss; für
den Inhalt verantwortlich: G. Bese, beide in Herford.

In das Handelsregister, Abt. A, Nr. 645 ist heute bei
der offenen Handelsgesellschaft unter der Firma **Eismeyer
u. Hilden in Herford** eingetragen worden, daß die Gesell-
schaft aufgelöst und der bisherige Gesellschafter Nordmacher
Carl Eismeyer in Herford alleiniger Inhaber der unter-
ändert gebliebenen Firma ist.
Herford, den 7. Juni 1920.

Amtliche Bekanntmachungen

der Stadt Herford.

Die Rechtsauskunftsstelle im Rathaus ist für etwa 4 Wochen
geschlossen. Während dieser Zeit wird Auskunft in Rechtsange-
legenheiten im Rathaus, Zimmer Nr. 41, während der Dienststun-
den erteilt.

Herford, den 10. Juni 1920. Der Magistrat, D. Osmer.

Die **Zeitung** für die Woche vom 14. bis 20. d. M. ist auf
40 Gramm Butter zu 1 M, 400 Gramm Inlandsmargarine zu
9,60 M, 150 Gramm Kofosfekt zu 4,20 M festgesetzt.
Herford, den 12. Juni 1920.

Lebensmittelliste.

Wir
empfehlen den Haushaltungen
dringend, da wir im kommenden
Winter wahrscheinlich wenig
Kohlen
haben
sich schon jetzt mit
nur 1a.
Buchenbrennholz
bei uns zu versehen
und Torf
zur Antieuerung im Sommer
bitten wir der besseren Ver-
sehung wegen schon jetzt bei
uns zu bestellen.
Kohlenverlaufsstelle
W. m. b. S.,
Herford, Göbenstraße und
Wittkestraße,
Fernruf Nr. 441.
Altes Gold
und Silber
saftigste zu höchsten Preisen
H. Schlüter, Juwelier.
(Fovarat 325).

Gustav Marten,
Fahrradhandlung.
Schuhcreme
Hochglanzend. In Wachs-
ware in 1/2, 1/3, 1/4 M. Dosen.
Sortenreiche Bezugsquelle für
Schneider, Hausierer etc.
Heinrich Vorstmann,
Gem. Fabrik, Bänderstr. 44.
Ht

S. Kimmels
Damenfriseursalon
Göbenstraße 27.
Kopfschneide, Entlastung,
moderne Frisuren.
Abonnements in und außer
dem Hause
Bohnenstangen,
Baum- und Seden-
pfähle
empfiehlt
Weser, Leopoldstraße.
Ich warne hiermit, meinem
Sohn Hermann auf meinen
Namen etwas zu borgen, da
ich für Zahlungen nicht auf-
komme, auch ist er nicht be-
rechtigt, Zahlungen anzunehmen
oder Unterschriften mit meinem
Namen auszufertigen.
Wwe. Fritz Behmeier,
Gredenstraße 13.

Lauffunge
od. Mädchen
durchaus ehrlich, für nachm.
gejudt.
A. Straßer & Co.,
Alte Markt 13.
Graves, fleißiges
Mädchen
für Küche und Haushalt, bei
höherem Lohn und guter Ver-
pflung, für sofort oder später
gejudt.
Frau Dehne,
Hhedda, Bez. Minden.
Malergehilfen
sucht
August Hildebrandt,
Enger i. W.
Ornament-
Bildhauer
auf Kirchengarb. f. f. dauernd gef.
Reichmann, Paderborn.

Nebenverdienst
bis 1000 M. monatl. zuhause,
ohne Vorkenntnisse. Näher.
anf. briefl. Anfr. S. Woehrl
& Co., G. m. b. H.,
Lichterfeld, Postfach 489.
Viele verm. Damen wünsch.
sich bald, glücl. zu verheiraten.
Herren, wenn auch ohne Verm.,
erhalten sofort Auskunft durch
Union Berlin, Postamt 37.
Wir suchen für ein junges
Mädchen häßlich möbliertes
Zimmer
ohne Pension und ohne Morgen-
tasse.
Angebote unter B. P. 8824
an die Geschäftsst. d. Bzg.
Unmöbliertes
Zimmer
abzugeben.
Stiftbergstraße 42.
Einen tadellos erhaltenen
Kindertwagen
und einen sehr guten **Gehrock-**
anzug, Größe 1,62 m zu verk.
Wo, sagt die Geschäftsstelle
dieser Zeitung unter 8631.

10 Monat alte
Schäferhündin
dunkelgrau-m-gelb
Abzucht, Strohbrun,
am 2. Pfingstfesttag entlassen
Sofort Bezeichnung sichere ich
denjenigen zu, der mir über
den Verbleib Auskunft geben
kann.
Schmidt, Mühlenbesitzer,
Diebholzerstraße.
Kohlenfuhren
ab Regen bei Heeren, Samm
und Ramen erledigt schnell u.
billig
Wilhelm Dremell,
Güterlosg. i. B.,
Telefon Nr. 373.
Auderboot
zu kaufen gesucht.
Biermann, Gänsematt 7.
Feldbahngleis und Lören
in größeren und kleineren Posten für meinen Feldbahnbetrieb
zu kaufen gesucht. Angebote nur mit genauer Angabe der
Spurweite, Schienenhöhe und des äußersten Preises erbeten.
H. Dehne, Bauunternehmung,
Hhedda, Bez. Minden Fernruf 73.

Ein guterhaltener, großer
Kinderwagen
billig abzugeben.
Bäckerstr. 25, Sinterhaus.
Fahrrad in gutem Zustande
zu verkaufen.
Sermannstraße 18.
Metallbetten
Stahlrohrmatratzen, Kinder-
betten, Posten an Heermann.
Katalog frei. **Eisenmöbel-**
fabrik, Engel i. Thür.
Hygienische
Frauen-Artikel
Frau Goldmann,
Hannover, Windmühlenstr.
2a II. 5 Minuten vom Bahnhof.

Umgeg.
FEST
Musik:
tische Kapelle!
schuss.
tr. 14 Herford.
erriecht.
en von
-Stiderei
e,
Clarenstraße 16
en-Großhandlung
gialitäten sucht
er
d Minden.
er einschlägigen
en etc.) gut ein-
den.
Bfchernig,
bei Bremen.
ung!
illige Jaodpächter
Ragen, die sich
ezirt umhertreibend
erlam mache.
1920.
S adoorfheer:
Büding.
en!
tet, daß Hasen etc.
wurden. Es werden
wie Hühnergelege
ihre Hunde durch
nde Hunde durch
ermächtigte er
obige Befamte
Bortmann.
nold
shaltungs-
artikel
Datz 7
uch wird Sie so
ständig Abnehmer
eine Devisen lauter
Beste
ligste
ungs-
en Ge-
stellen
log-
so
Preisze
Umbausch
gestaltet
ung! Felle
se laufend sämtl. Sov
alle, wie Koninchen,
eggen, Schaf, Kalb,
nd Pferdehäute (auch
immer geschlachtet mit
den höchsten Tages-
preisen.
Bilmeri.
Johannisstraße 18.
nd Verkauf
achten Möbeln,
Bettien, Kleidern,
tischen Gegenständen
hen und künstlerischen
stärkte genügt.
Sitt, Sittberg
1 Lorentzgang.

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Son- und Feiertag, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Kreuzstraße 29/31



und Land

Fernsprecher Nr. 63 und 131
Postfachkonto Nr. 5796
Scheidt-Hammov

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalte, 11 Zeilen oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Beilagen die Seite 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 1366 (3. Heft Blatt.)

Herford, Sonnabend, den 12. Juni 1920

38. Jahrgang.

Preisabbau in der Holzwirtschaft.

Anfang März 1920 haben die Holzpreise ihren Höhepunkt erreicht. Rundholz brachte, von ehrsichtigen Käufern, die jede Konkurrenz aus dem Sattel heben wollten, emporgetrieben, Preise bis zu 900 M je Festmeter ab Wa. d. Man kann sich ausrechnen, daß bei einer derart hohen Bewertung jedes Sägewerks mit einer verhältnismäßig geringen Produktionsleistung von 4000 Festmetern im Jahre und unter Berücksichtigung von Fuhr- und Arbeitslöhnen, Unkosten und Aufwendungen für die Lebenshaltung des Inhabers über ein Kapital von etwa 4 Millionen Mark verfügen mußte, um seine Verpflichtungen zu erfüllen. Solches Kapital stand fast keinem Werk zur Verfügung. Es war daher ohne weiteres klar, daß die Preisbewegung stillstehen mußte, sollte nicht eine allgemeine Katastrophe eintreten. Der Preisanstieg hörte Mitte März d. J. auf, es begann der Preisabbau. Das Holzgewerbe dürfte allmählich wieder zu einer erträglichen Preisgrundlage kommen. Niemand hat an übertriebenen hohen Preisen ein Interesse, und wenn nun auch den Besitzern von Schnittholz Verluste erwachsen werden, so werden dafür die Erzeugnisse, die aus den billigeren Halbfabrikaten entstehen, für große Kreise des Volkes lausbar sein. Der Preisabbau eröffnet also dem Holzgewerbe große Beschäftigungsmöglichkeiten. Darüber muß man sich klar sein: Bedarf an Möbeln besteht und Bedarf an Bauholz wird eintreten, wenn der Preisstand der Baustoffe eine Betätigung weiterer Kreise am Baumarkt ermöglicht, wenn ferner die Preise für die fertigen Baumaterialien erschwinglich sein und die Kommunen ihre Bauvorhaben ausführen werden.

Befürchtungen, daß der Preisabbau durch einen eigentlichen Preisschub abgelöst werden könnte, sind übrigens grundlos. Von einer Ueberproduktion kann zurzeit keine Rede sein. Deutschland hat von jeher Holzimporte betrieben und seinen Holzbedarf nicht aus dem Inland decken können. Und nun sollte, wo Polen, Amerika und die nordischen Länder ganz fehlen, plötzlich ein gewaltiger Ueberschuß entstanden sein? Das Angebot ist heute keineswegs größer als der normale Bedarf, wobei wir berücksichtigen müssen, daß jetzt alles mit Käufern zurückfällt und die Umsätze infolgedessen unerheblich geworden sind. Sind die Betriebe des Verbauchs in Deutschland nur zum Teil gut beschäftigt, so wird sich sehr bald herausstellen, daß der große Holzstrom, der jetzt in der Phantasie einzelner Leute besteht, nicht aus seinen Ufern treten kann.

Wagt demnach keinerlei Grund vor, die Verhältnisse schwarz in schwarz zu malen und den Untergang der Holzwirtschaft zu predigen, so muß man sich auch sehr gegen die jetzt vielfach betriebenen Versuche einer „Preishochhaltung“ wenden. Es hat keinen Sinn, eine Holznot zu predigen, wo kein Mangel vorhanden ist, und der Zustand, daß die Preise von heute auf morgen um 50 und 100 M je Festmeter in die Höhe sprangen, war höchst ungesund. Seine Rückkehr zu befürchten, liegt keine Veranlassung vor. Wir werden in absehbarer Zeit einen Regulator in der Einfuhr von Schnittholz aus Polen erhalten. Dieser Import kann den Preisabbau, der übrigens nur bis zu einer gewissen Grenze möglich sein wird, weil die Löhne und Betriebskosten (ohne Rücksicht auf baldige Verabreichung) allzu hoch sind, lediglich fördern, ohne den Sägewerken zu schaden. Sollte die Welle der Einfuhr einmal zu hoch ansteigen, so hat der Reichskommissar für die Ein- und Ausfuhr auf Betreiben der Verbände immer die Möglichkeit, das Ventil für längere oder längere Zeit abzuschließen. Aber auch die Verbraucher sind in der Lage, ein etwaiges Ansteigen der Holzpreise, das ungesund und wirtschaftlich unberechtigt ist, hintanzuhalten, indem sie eine Entschärfung der Zufuhr fordern.

Für unsere Frauen.

Soziale Versöhnung — die Aufgabe der Frauen.

Aus allen Teilen Deutschlands kommt die Nachricht, daß namentlich die Frauen sehr lebhaft an der Wahl teilgenommen haben. Wenn auch die stärkere Beteiligung vielleicht nicht überall proportional zu verstehen, sondern durch das numerische Uebergewicht der weiblichen Wählerschaft zu erklären sein wird, so ist es doch immerhin ein erfreuliches Zeichen des Verantwortungsbewußtseins, daß die Frauen ihrer Staatsbürgerpflicht in zahlenmäßig genügender Weise nachgekommen sind.

Es liegt nun in der Natur der Frauen, von einer Entscheidung die sofortige Aenderungen eines durch dieses beeinflussten Zustandes zu erwarten und in der Entscheidung selbst ohne weiteres die Bürgerschaft der Aenderung zu erblicken. Wenn irgendwo, so betrifft das in der Politik ganz gewiß nicht zu, und die schönsten Parteiprojekte von links oder rechts bleiben verschwendetes Papier, wenn sie nicht durch Persönlichkeiten verwirklicht werden, die dem Geiste, den die Grundzüge vertreten, zum Leben verhelfen.

Die deutschen Wähler, und unter ihnen die nicht nur zahl-, sondern auch ideengemäß wohl am stärksten an dem „Rück nach rechts“ beteiligten Wählerinnen, haben nun über den Wahlakt hinaus die Pflicht, sich um das Schicksal und die Gestaltung des deutschen Wirtschafts- und politischen Lebens zu kümmern.

Vor allem erwacht den deutschen Frauen nach dem mit unerhörter Schärfe geführten Wahlkampf die schöne Aufgabe, an der sozialen Versöhnung des Volkes mitzuarbeiten, der Grundlage, von der aus allein der innere Gesundungsprozess möglich ist. Diese Arbeit am sozialen Ausgleich erfordert auch gar nicht die vielen Frauen — und nicht den wertlosen — unsympathische öffentliche Wirksam-

Die Holzindustrie aus Polen wird noch in diesem Jahre ein-
setzen. Zur Zeit finden Unterhandlungen von der polnischen zur
deutschen Regierung statt, die noch nicht abgeschlossen sind. Die
polnische Regierung, die bis vor kurzem sich auf einen nicht ver-
treibbaren Grenzstandpunkt stellte, ist inzwischen von der in Deutsch-
land mäßiger Konjunktur überführt und dahin belehrt worden,
daß Polen die Ausfuhr nötiger hat, als wir die Einfuhr. Wir
können sehr wohl ohne das polnische Schnittholz noch mehrere
Monate leben, ohne daß deswegen auch nur ein einziger Betrieb
der Holzwirtschaft stillgelegt zu werden braucht. Die Polen sind
auf die deutschen Devisen angewiesen. Vor allem aber müssen die
Sägewerke in den Ostgebieten Holz ausführen, da sonst die Wel-
ten über ihnen zusammenfallen werden. Seit Monaten häuften
sie Ware zu Ware, ohne sie absetzen oder exportieren zu können.
Die polnische Regierung sah zu wie die Sägewerke ihr Betriebs-
kapital verausgaben, wie die Gedrängtheit und die Mißstimmung
wuchs. Erst zu später Stunde hat sie, vor etwa zwei Wochen, durch-
aus ungünstige Ausfuhrbestimmungen erlassen. Nun drohen aber
die Verhandlungen zu scheitern, wenn Polen das Schnittholz aus
Kommereellen mit einem besonderen Extra-Holztransport nach dem
Freistaat Danzig schaffen und alle dazu nötigen Lokomotiven und
Wagen von Deutschland zur Verfügung gestellt haben will. Nach
den bisherigen Erfahrungen, die die ostpreussische Holzwirtschaft mit
dem Holzabtransport durch den „Korridor“ gemacht hat, ist das
Vertrauen der deutschen Behörden zu der Durchführung aller
Verabredungen gering.

Man wird annehmen können, daß bei beginnendem Import
aus Polen der Preisabbau etwas schnellere Fortschritte machen
wird. Aus Danzig wird mitgeteilt, daß schon in wenigen Wochen
die ersten polnischen Schnittholzer am deutschen Holzmarkt zu er-
warten sind. Trifft diese Voraussetzung zu, so ist anzunehmen,
daß im Spätkommer die Holzpreise auf dem Stand angeht sein
werden, der eine Herstellung von Möbeln und dergl. zu ange-
messenen Preisen ermöglicht und den Fabriken wieder Absetzge-
legenheiten verschafft. Wir können dann damit rechnen, daß etwa
im Monat Oktober das Rohholz in den Forsten für die neue Ein-
schnittszeit beträchtlich billiger gekauft werden wird als im Fe-
bruar 1920. Ist aber der Einkauf des Rohstoffes auf eine gesunde
Grundlage gebracht, so kann auch die Sägewerksindustrie selbst bei
billigeren Schnittholzpreisen ihre Produkte mit angemessenem
Nutzen abgeben. An den fertigen Schnittholzern aus dem dies-
jährigen Einschneit werden freilich Kapitalverluste entstehen. Diese
werden indessen dadurch einigermaßen ausgeglichen, daß die Säge-
werke mit ihrem nach den Abschreibungen verbleibenden Kapital
genau so viel Rundholz werden erwerben können wie bei ihren
Einkäufen im Februar zu den damals unsinnig aufgeblähten Prei-
sen. Die Verbilligung des Rohstoffes wird für die deutsche Schnei-
denindustrie auch den Vorteil haben, daß sie die übermäßig
hohen Kredite, die sie in Anspruch nehmen mußte, wird abbauen
können. Zur Gesundung der Holzwirtschaft wird es schließlich bei-
tragen, wenn die Holzläufer davon Abstand nehmen, ihren Kie-
feranten Vorauszahlungen bei Holzeinkäufen zu leisten. Diese An-
sitte kann nicht schnell genug ausgerottet werden.

Deutschlands Bevölkerungsabnahme.

In der Deutschen Presse-Korrespondenz schreibt Professor Dr.
Felmolt: Nach den vorläufigen Ergebnissen der deutschen Volks-
zählung vom 8. 10. 1919 belief sich die aus der Zählungsbewohnen-

forzte Ortsanwesenheit und vorübergehend abwesende Zivilbevölke-
rung nach den Abrechnungen, aber noch mit den Abstammungsge-
büten des Verfallter Friedensvertrages — auf 59 668 000 Seelen.
Absolut bedeutet das einen durch die Gebiets- und Menschenverluste
verschuldeten Rückgang auf den Stand von 1904, relativ (d. h.
unter Berücksichtigung der Abnahme des Reichslandes, Polens
usw.) einen vor allem der Ostode zuzurechnenden Rückgang auf
den Stand von 1910. Selbstverständlich haben an den dieser Ta-
fel zugrunde liegenden Erscheinungen die deutschen Einzelstaaten
prozentual nicht den gleichen Anteil. So hat Bayerns Bevölkerung
auffallend zugenommen; ähnliches gilt innerhalb des Reichs der
preussischen Provinzen von der Rheinprovinz, von Schlesien, West-
falen und Brandenburg, sowie vom vormaligen Königreich Sachsen.
Dagegen sind die beiden Lippe und Westfalen, Oldenburg,
Mecklenburg und andere Landwirtschaftsgebiete beinahe stationär
geblieben. In Großstädten über 100 000 Einwohner hat Deutsch-
land jetzt nur noch 40, weil dem Hinzukommen von München-Glad-
bach-Rheidt, Hagen-Hafpe und Lübeck der Wegfall von Straßburg,
Danzig, Posen, Saarbrücken und Mülhausen i. E., ungünstig
gegenübersteht. Die Siedlungseinheit Berlin überbietet gegen-
wärtig 3 422 300 Menschen (Berlin selbst 1 891 100), Hamburg-
Altona 1 231 800 (Hamburg allein 1 001 800), Köln 630 900, Mün-
chen 623 300, Leipzig 606 900, Dresden 529 500, Breslau 489 600,
Essen 438 300, Frankfurt a. M. 432 800 und Düsseldorf 399 800
Menschen; diesen zehn Großstädten gesellen sich also 30 Städte mit
mehr als 100 000 Einwohnern zu, von denen die letzten acht heißen:
Erfurt (127 800), Mülheim a. d. Ruhr (126 800), Krefeld
(124 700), Hagen-Hafpe (116 000), Lübeck (112 300), Hamburg
(110 000), Mainz (109 100) und Plauen i. V. (105 100). Da Ein-
geleitetungen nur die Rheinprovinz, Schlesien und Westpreußen
betroffen haben, geht aus dem allgemein beobachteten, teilweise
jähren Abbrüche der Bevölkerungszunahme seit 1910 die furchtbare
Wirkung des Weltkrieges an der Front und in der Heimat greifbar
deutlich hervor.

Reichsaufsicht über das Gemeindefinanzwesen.

Von Rechtsanwalt Dr. Berthold.

Erweiterung der Selbstverwaltung der Gemeinden und Be-
freiung von der bisherigen staatlichen Bevormundung, das ist die
Lösung, die von die in verschiedenen deutschen Ländern bereits ein-
geleitet oder wenigstens geplanten Reformen der Gemeindever-
fassung und -verwaltung geschrieben ist. Beachtet man die Ent-
würfe als solche allein, so kann über die meisten Vorschläge Ein-
verständnis herrschen, und man könnte meinen, daß die deutschen
Gemeinden nunmehr gänzlich unbehindert ihren Zielen zutreiben.
Das Bild ändert sich aber vollständig, wenn die neuen Reichsteu-
ergesetze dagegen gehalten werden. Je mehr Freiheit bezüglich der
Verfassung und Verwaltung, desto größer der Zwang und die Bin-
dung hinsichtlich der Finanzen. Nicht bloß werden den Gemeinden
ihre früheren Hauptsteuerelemente so gut wie abgezogen, es wird
ihnen sogar noch eine neue Last aufgelegt.

Nach § 2 des vom Reich erlassenen Landessteuergesetzes vom
30. März 1920 ist die Inanspruchnahme von Steuern für das
Reich die Erhebung gleichartiger Steuern durch die Länder und
Gemeinden (Gemeindeverbände) aus, wenn nicht reichsgesetzlich ein
anderes vorgeordnet ist. Die Erhebung von Zuschlägen zu Reichs-
steuern ist den Ländern und Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden

rufungsurkunde die Aufhebung ihrer Anstellung im Falle
ihrer Ehegattungs vorgeordnet ist, auf Wunsch auftrags-
weise und widerruflich im Schuldienst weiter beschäftigt
werden kann. Bei Neuanstellungen darf die erwähnte
Klausel, gemäß Artikel 23, Abs. 2 der Reichsverfassung, nicht
mehr aufgenommen werden. — Der allgemeine deutsche
Lehrerinnenverein hat auf seiner Ende Mai in Rassel ab-
gehaltenen Tagung gemeinsam mit dem Verband preußi-
scher Volksschullehrerinnen folgenden Beschluß gefaßt:
„Zur Erreichung der gewerkschaftlichen Ziele werden alle
gesetzlich zugelassenen Mittel zur Anwendung gebracht. Zu
diesem gehört auch die Arbeitsniederlegung aber nur als
letztes Mittel zur Wahrung der Beamtengrundrechte.“

Sozialdemokratische Frauen gegen Luise Zieh.

Nicht nur die bürgerlichen weiblichen Abgeordneten in
der Nationalversammlung haben in scharfster Weise gegen
das unabhängige Mitglied des Parlaments, Luise Zieh,
Stellung genommen, die die Verwendung schwarzer Trup-
pen im besetzten Gebiet für gerechtfertigt und die Nachrich-
ten über deren Schandtaten als Lügen oder als gerechte
Vergeltung für von deutschen Soldaten begangene Ver-
brechen bezeichnet hatte, sondern auch aus mehrheitlich sozia-
listischen Frauenkreisen ist scharfster Einspruch gegen Frau
Zieh und ihre Haltung ergangen.

Junggefallensteuer in Frankreich.

In Frankreich ist ein Gesetz angenommen worden, das
einen Steuerzuschlag für Junggefallen beider Geschlechter
um 25 Prozent vorzieht. Als steuerpflichtiges Alter ist das
25. Lebensjahr festgesetzt. Die Steuer setzt mit einem Ein-
kommen von 6000 Francs ein. Die gleiche Besteuerung er-
fährt das Einkommen geschiedener kinderloser Ehegatten.
10 Prozent Steuerzuschlag wird kinderlosen Eheleuten auf-
erlegt.

Lehrerinnenrechte.

Die Rechtfertigung der verheirateten Lehrerinnen ist
dahin geregelt worden, daß sie, selbst wenn sie ihrer Be-

nur auf Grund reichsgefehllicher Ermächtigung gestattet. Bisher war die Hauptertragsquelle der meisten Gemeinden eine eigene Einkommensteuer oder Zuschläge zur Staatseinkommensteuer. Das neue Reichseinkommensteuergesetz erwähnt die Gemeinden nicht; darum ist die Einkommensteuer für sie erledigt und sie sind auf die Beteiligung nach § 17 ff. des Landessteuergesetzes angewiesen. Auch die Erhebung anderer Steuern ist stark eingeschränkt. Der § 3 des Gesetzes ordnet an, daß Landes- und Gemeindesteuern, welche die Steuereinnahmen des Reiches zu schädigen geeignet sind, nicht erhoben werden sollen, wenn überwiegende Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Steuerliche Bestimmungen der Länder und Gemeinden, die die Vorschriften des § 3 verletzen, müssen aufgehoben oder derart abgeändert werden, daß ein Widerspruch mit den Interessen der Reichsfinanzen nicht mehr besteht.

Das Gesetz begünstigt sich nicht mit diesen Bestimmungen rein materieller Natur, sondern setzt den Gemeinden zu den bisherigen Aufwandsleistungen für die Steuern noch eine neue vor. Den zuständigen Landesbehörden wird im § 5 die Verpflichtung auferlegt, neue Steuerordnungen der Gemeinden dem Reichsminister der Finanzen oder der von diesem beauftragten Reichsbehörde mitzuteilen. Der Reichsfinanzminister und seine beauftragte Behörde können binnen einem Monat Einspruch erheben, wenn die Ordnungen mit dem Reichsrecht nicht vereinbar oder wenn sie geeignet sind, Reichseinkünften zu schädigen und überwiegende Interessen der Reichsfinanzen entgegenstehen. Was im Falle des Einspruches mit der Gemeindebesteuerordnung geschieht, ist im Gesetz nicht gesagt, doch muß angenommen werden, daß die Steuerordnung dann gar nicht in Kraft treten darf; sonst hätte diese Maßnahme keinen Zweck. Während für den Fall einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem Reichsfinanzminister und einer Landesregierung darüber, ob eine landesrechtliche Steuervorschrift mit dem Reichsrecht vereinbar ist, der Reichsfinanzhof entscheidet, ist für gemeindliche Steuervorschriften eine solche entscheidende Instanz nicht vorhanden. Jedenfalls ist den Gemeinden jede Möglichkeit genommen, eine Entscheidung gegen den Reichsfinanzminister herbeizuführen. Nur wenn dieser irgendwelche Zweifel in dem Sinne haben sollte, ob Landes- oder Gemeindesteuern geeignet sind, die Steuereinnahmen des Reiches zu schädigen und ob überwiegende Interessen der Reichsfinanzen der Erhebung der Steuern entgegenstehen, entscheidet auf seinen Antrag der Reichsrat. Landesregierung und Gemeindeverwaltung haben insoweit kein Antragsrecht. Das ist meines Erachtens ein schwerer Nachteil für Länder und Gemeinden. Diese sind dem Reichsfinanzminister bezüglich ihrer Steuerpolitik schußlos ausgeliefert. Die Wirkung davon wird sich bald bemerkbar machen; der Weltlauf der Gemeinden um den sozialen und kulturellen Fortschritt, der nach Meinung mancher jetzt infolge der vollkommenen Freiheit in der Feststellung ihrer Aufgaben einsehen soll, wird nur von kürzester Dauer sein. Wenn die Gemeinden auf Beteiligungen und direkte Zuschläge angewiesen sind und daneben eigene Steuern, abgesehen von der pflichtmäßigen Vermögenssteuer, beinahe ausgeschlossen sind, wird selbst bei der größten Begeisterung für den Fortschritt aus Mangel an den erforderlichen Mitteln ein Stillstand eintreten müssen.

Die Einföhrung der neuen Aufsichtsinstitution wird meiner Auffassung einer gesunden Gemeindeentwicklung, die in dem enge- steckten Rahmen vielleicht noch möglich wäre, besonders hinderlich

sein. Falls eine Gemeinde einmal eine neue ergiebige Steuerquelle entdecken sollte, wird sich das mit Steuern nicht zu füttigende Reich darauf stützen und der Gemeinde so eine Quelle nach der anderen abgraben. Daß das aber auf die Dauer den Ruin unseres gesamten Gemeindefens bedeuten würde, bedarf keiner weiteren Auseinandersetzung.

Nus Nachbarschaft u. aller Welt.

Große Eisenbahndiebstähle aufgedeckt.

Wth. Düsseldorf, 10. Juni. Durch die Eisenbahnkriminalpolizei Düsseldorf wurden umfangreiche Güterdiebstähle aller Art, die seit drei Jahren auf dem Düsseldorf Hauptbahnhof ausgeführt wurden, aufgedeckt. Bisher sind 45 Beamte und Arbeiter verhaftet worden, darunter ein Oberbahnassistent, sechs Rangiermeister, neun Rangierführer, fünf Lokomotivführer, zwei Heizer, sieben Weichensteller usw. Der der Eisenbahnverwaltung entstandene Schaden wird auf mehrere hunderttausend Mark geschätzt.

5 Millionen erschwindelt.

Hannover, 10. Juni. Unter der Anlage, den Militärkasinos um fünf Millionen Mark beschwindelt zu haben, standen vor der hiesigen Strafkammer der Kaufmann Hermann Karsten und der Schöffer Wilhelm Aller, die auf dem Militärdepot in Seelze beschäftigt waren. Sie fälschten Kassenhefte und Empfangsbefestigungen, stellten Nichtigkeitsquittungen aus, die sich dann von den Militärkassen auszahlen ließen und erbeuteten in kurzer Zeit damit über fünf Millionen Mark in bar. Während der eine sich eine Villa für eine Million Mark einrichtete, wirtschaftete der andere in der ausweifendsten Weise mit den erschwindelten Geldern. Dadurch kam man den beiden Gaunern auf die Spur. Das Gericht verurteilte Karsten zu drei Jahren Zuchthaus und Aller zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus, sowie beide zu fünf Jahren Ehrverlust.

Steuerhinterziehung aus Fahrlässigkeit.

Berlin, 10. Juni. Wie außerordentlich wichtig angefaßt der hiesigen neuzeitlichen Steuerordnungen mit ihren komplizierten Ausführungsbestimmungen eine sachgemäße Buchführung und das Ziehen der Jahresbilanz für den Geschäftsmann ist, zeigte eine Verhandlung wegen Steuerhinterziehung, welche den hiesigen Eisenwarenhändler Gustav Wendt vor den Strafrichter führte. Der Angeklagte war, offenbar von der Konkurrenz, bei der Steuerbehörde denunziert worden, und eine Revision in seinem Geschäftsfakt hatte die jetzige Anklage zur Folge. Diese legte ihm zur Last, falsche Angaben bei Berechnung des Wehrbeitrages, der Kriegssteuer und der jährlichen Einnahmen gemacht zu haben. Es stellte sich heraus, daß W. weder ordnungsmäßige Bücher geführt noch eine Bilanz gezogen hatte. Vor Gericht wies der Verteidiger darauf hin, daß der Angeklagte noch zu der „alten Schule“ gehörte, in der der kleine Geschäftsmann keine Übung von Bilanzen usw. hatte, wie sie der neuen Generation in den Fortbildungsschulen gelehrt werde. Daß bei dem Angeklagten kein Vorlag, sondern als Folge der fehlenden Bilanzen lediglich Fahrlässigkeit vorliege, gehe daraus hervor, daß W. in mehreren Fällen sogar zu hohe Einnah-

men angegeben habe. Das Gericht folgte auf diesen Ausführungen, indem es zum Teil das Verfahren einstellte, teils auf Freispruch und wegen der Fahrlässigkeitssünde auf 1250 M. Geldstrafe erkannte. Der Staatsanwalt hatte eine Geldstrafe von 10 000 M. beantragt.

Ein Eifersuchtsdrama.

Wth. Saarbrücken, 10. Juni. Gestern Abend wurde hinter der Klantenferne die Leiche eines Mannes mit einem Schuß im Hals aufgefunden. Der Getötete ist nach den Ausweisapapieren französischer Staatsangehöriger. Etwa 100 Meter davon entfernt fand man die Leiche eines deutschen Mädchens, die eine Schußwunde im Kopf hatte. Vermutlich handelt es sich um ein Eifersuchtsdrama. Jedenfalls wurde zuerst der Mann und dann das Mädchen auf der Flucht erschossen. Ermittlungen der deutschen Kriminalpolizei sind im Gange.

Millionenschwindel einer Wiener Fabrikantenwitwe. Der

„Telegraphen-Union“ wird gemeldet: Gegen die Witwe des Fabrikanten Jerusalem ist ein Steckbrief erlassen worden. Die in vorgerückten Jahren stehende Frau hat sich in ihrer Wohnung mit Schiebern und Viehhändlern umgeben. Sie entlockte ihnen 12 Millionen Mark, die sie ihrer Verschwendungssucht und ihren meist mangelhaften Geschäften opferte. Unter ihren Gläubigern befinden sich auch ihr Studienmädchen mit 70 000 Kronen und ihr Chauffeur mit 100 000 Kronen. Ihre Wohnung soll Millionen wert sein und sie hat auch einen Anteil an den Fabriken ihres Mannes, doch dürfen die Gläubiger nicht mehr als 30 v. H. erhalten.

Unsere heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reis; für den Inzeratenteil verantwortlich: G. Befe, beide in Herford.



Offene Beine

hartnäckige Krampfadergeschwüre, variciöse Wunden, machen das Leben zur Qual. Wer bisher alles vergeblich versucht hat, dem hilft noch, sogar in verzweifeltsten Fällen: **Warondo-Wundsalbe**.
Jede Art, Bartflechten u. Hautausschläge heilt überraschend schnell! **Warondo-Flechtensalbe**.

Dankschreiben! Schmiedemeister H. in B. schreibt: Ihre Wundsalbe ist einfach großartig. Erbitte umgehend ... Frau W. in O.: Die mir gesandte Wundsalbe hat Wunder an meinem offenen Bein gewirkt. Nehmen Sie meinen besten Dank dafür und senden Sie mir gegen Nachnahme ... Herr H. in C.: Ihre Flechtensalbe hat mir vorzüglich geholfen. Bitte senden ... Klara O. in W.: Die Flechtensalbe hat bis jetzt große Wirkung hervorgebracht usw.

Originaldosen zu haben in den Apotheken, wo nicht, bestelle man bei dem allein. Fabrik: **W. Ronsdorf, Lengerich (Westf.) 2**.
Man achte genau auf die ges. gesch. Marke „Warondo“.

Niederlage: **Neustädter Apotheke, Herford; Markt-Drogerie Schmidt, Herford, Gehrenberg 4.**

Lichtspielhaus „Wittkind“

Höckerstrasse 5 Fernsprecher 890

Ab heute:

I.

Der spannendste und raffinierteste Kriminalschlager u. Abenteuer-Roman aller Zeiten.

Der Fürst der Diebe und seine Liebe.

Sensationelles Kriminal-Schauspiel in 4 verblüffenden Akten.

In der Hauptrolle:

Viggo Larsen

als Gentleman-Verbrecher.

Viggo Larsen hat diesmal eine Leistung vollbracht, die tatsächlich nicht mehr übertroffen werden kann. Er ist der König der Abenteuer und zeigt in seinem neuesten Werk eine solche Fülle von fabelhaften Tricks und waghalsigen Sensationen, wie sie bisher in Herford noch nicht gezeigt worden sind.

II.

Das Lächeln der kleinen Beate.

Ein stimmungsvolles, rührendes Drama in 4 Akten.

Haupt-Darstellerin:

Hilde Wörner.

III.

Das Reklame-Mädel!

Lustspiel in 3 Akten mit

Lya Ley

in der Hauptrolle.

Beamten als Wachtmeister bei der Sicherheitspolizei.

Auf Anordnung des Ministeriums des Innern werden Anwärter für die Sicherheitspolizei Rheinland-Westfalen in Beamtenstellungen zu folgenden Bedingungen eingestellt:

volle Polizeibienstufung, Lebensalter zwischen 20 und 30 Jahren, Größe möglichst nicht unter 1,65 Meter, mindestens ein Jahr Frontdienst im Kriege, unverheiratet, geordnete wirtschaftliche Verhältnisse.

Nach einer 12jährigen Gesamtdienstzeit in Armees, Marine, Schutztruppe und sonstigen Reichs-, Staats- oder Kommunaldienst und Sicherheitspolizei, davon aber mindestens zwei Jahre bei der Sicherheitspolizei, Anspruch auf Beamtenstellen u. Dienstprämie von 2100 M. Gehalt zwischen 13,40 M. und 20,90 M. täglich, neben freier Unterkunft, Kleidung, Verpflegung und ärztlicher Behandlung. Bei örtlichen Unruhen außerdem erhebliche tägliche Zulage.

Zu den gleichen Bedingungen werden auch einige ehemalige Fahnenjunker und jüngere Husaren eingestellt.

Meldungen unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes, polizeilichen Führungszeugnisses, von Militärpapieren und möglichst Zeugnissen früherer Dienststellen sind zu richten an:

Kommando der Sicherheitspolizei Münster i. Westf.
Steinfurterstraße 43 III, Zimmer 24.

Polizeischule I Wesel (F.-M.-R. 7),
Polizeischule II Münster Haus Spital,
Polizeischule III Sennelager, Truppenübungspl. b. Paderborn,
Polizeischule IV Münster i. W. (Kernbahn-Lager),
Polizeischule V Münster i. W. (Kernbahn-Lager).

Auskunfts- und Meldestellen:

Berlin, Neues Kriminalgericht, Zimmer 99,
Breslau, Oberpostdirektion Zimmer 73,
Bielefeld, Hotel Berliner Hof, Bahnhofstraße,
Frankfurt a. O. Gasthof zur Eisenbahn, Bahnhofstr. 20,
Hannover, Kaserne 3, Am Waterlooplatz,
Hannover, Welfenplatz 10, (Kaserne),
Königsberg, Wagnerstraße 49,
Hildesheim, Steinmetzen-Kaserne, Zimmer 66,
Leipzig, Hotel Fröhlich, Wintergartenstraße 14,
Osnabrück, Kloster-Kaserne, Zimmer 49, Bierstraße,
Minden, Hotel Mindener Hof, Bäderstraße,
Paderborn, Hotel Deutscher Hof, Bahnhofstraße 14,
Rommelsburg, Hotel Deutsches Haus, Kirchenstraße 1,
Stettin, Bezirkskommando. Ede Elisabeth- u. Friedrichstr.

Ostseefahrt

Regelmässiger Passagier-, Gepäck- u. Expressgut-Verkehr

Swinemünde — Zoppot — Danzig

Einfache Fahrt M. 90.—, Ständige Rückfahrkarte M. 135.—, Kabinettkarte M. 50.— Zuschlag.

Mittwochs u. Sonnabends von Swinemünde 8.00 vorm. (Anschlusszug ab Berlin Stett. Bf. Dienstags und Freitags 10.34 nachm.)

Montags und Donnerstags von Danzig 8.00 vorm., von Zoppot 9.00 vorm. (Rückkunft in Berlin Stett. Bahnhof Dienstags und Freitags 8.00 vorm.)

Fahrkarten und Auskünfte an Bord des Dampfers, bei den Vertretungen des Nordd. Lloyd, des Mitteleuropäischen Reisebüros (MER), den grösseren Eisenbahnstationen und der Abteilung Seebäderdienst des Norddeutschen Lloyd, Bremen, Bahnhofstrasse 36.

Haarleidende

Bei Schuppen, Haarausfall, kreisfleckigen Erkrankungen, sowie Schuppenverkrustungen haben sich auf Urteile und Anerkennungen die Ernst Weiss Haarpflegemittel zahlreich bewährt



Ernst Weiss rationelle Haarkur
Ernst Weiss Teerseife Gold.
Weiss-Fabrikation
bewährte kosmetische Präparate
Bielefeld 1.

Zu haben in Herford:
Fritz Eifert, Neuer Markt 6, Damen- und Herrenfriseur
Herm. Kühn, Alter Markt 9.
Herm. Schlemmer, Radewigerstr. 33, Friseur
H. Kummel, Gübenstrasse 27, Friseur
Petzold, Radewigerstrasse 3, Friseur.

Papierabfälle aller Art

alte Zeitungen, Bücher, Journale, Pappen usw. zu Tagespreisen.

Buchdruckerei Friedrich Auhle,
Fernsprecher 83 und 151.

Anzug-, Paletot- und Hosenstoffe

solide, moderne Qualitäten, elegante Anfertigung.

Aug. Eble, Herrenmoden,
Dellinghausen Bahnhof.

PIANOS

der angesehensten

Berdur-Beckstein-Bach u. a. m.

FLÜGEL

deutschen Piano-fabrikanten

Allein-B. Kemp, Bielefeld,
Vertreter Fernspr. 1446, Oberntorwall 32.

Von fremden Männern.
Die Erbinnern des Hauses, als Georg Washington nach seiner Ernennung zum Gouverneur der Vereinigten Staaten im Jahre 1789 nach Philadelphia kam, um die nötigen Vor-

AUS DEM REICHEN
WILHELM

er Art
zu Tagespreisen.
uble,

Die Fenster schloß, die Thüren zu —
Drin liegen sie in guter Ruh' —
Daß' brennter keinen Lieben.
Und die dort wohnt in jenem Haus.
Die sog' hinaus, die sog' hinaus,
Welt nicht, was sie geliebet.

Die Fenster thürte, die Türen zu —
 Drin liegen sie in guter Ruh' —
 Hob drunter seinen Lieben.
 Und die dort ruht in ihrem Haus.
 Die sog' hinaus, die sog' hinaus,
 Weis nicht, wann sie verleben.

